

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Neugasse 2, 69117 Heidelberg
Postadresse: 69035 Heidelberg, Postf. 10 45 60, Internet:
http://www.rnz.de. Erscheint werktäglich in 10 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 13 00, Fax 5 19 - 9 13 00.
Anzeigen-Annahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 11 90, Fax 5 19 - 9 11 50.
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 0, Fax 5 19 - 9 50 00.

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

70. Jahrgang / Nr. 93

Mittwoch, 23. April 2014

Einzelpreis 1,60 €

HEUTE

Die Bayern sind verunsichert



Pep Guardiola warnt vor dem Halbfinal-Hinspiel in der Champions League heute bei Real Madrid: „Wir sind nicht auf unserem Top-Niveau.“ Der Bayern-Trainer besprach sich intensiv mit seinen Innenverteidigern Dante und Boateng. > Sport S. 22

Warum denn gleich so heftig?

Regierung und Opposition im Land beschimpfen sich, als ginge es um einen Kulturkampf. Dabei sind die inhaltlichen Differenzen nicht so groß. Doch der Ausblick auf die Wahl in zwei Jahren macht Union und Grüne zu Hauptgegnern. > Südwest S. 11

Am liebsten Bier und Wein

Die Lust der Deutschen auf alkoholische Getränke ist weiterhin ungebrochen. Rund 135 Liter hat jeder Bundesbürger 2012 im Schnitt getrunken, heißt es im neuen Jahrbuch Sucht. > Aus aller Welt S. 15

Hauptsache bequem

Ein Trend wirbelt die Modebranche durcheinander: Statt auf schwindelerregenden Absätzen laufen Modells plötzlich mit flacher Sohle über die Laufstege. > Service S. 17

Ex-Rapper in Syrien getötet

Bei Kämpfen verfeindeter Extremisten-Gruppen in Syrien ist offenbar der Berliner Ex-Rapper Denis Cuspert alias Deso Dogg getötet worden. Der unter dem Namen Abu Talha al-Almani kämpfende Deutsche sei unter den Todesopfern eines Selbstmordanschlags. > Politik S. 18

Absage für Sonderabgabe

Die von Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Allig vorgeschlagene Sonderabgabe aller Autofahrer zur Reparatur maroder Straßen hat vorerst wohl keine Chance. > Politik S. 19

Brillenmarkt hart umkämpft

In Deutschland werden immer mehr Brillen gekauft. Davon profitieren können vor allem die großen Optikerketten und zunehmend auch Online-Händler. > Wirtschaft S. 20

FINANZMARKT

Dax:	9.600,09 Punkte (+ 2,02 %)
Gewinner:	Bayer (+ 3,99 %)
Verlierer:	keine
TecDax:	1.228,14 Punkte (+ 2,42 %)
Euro:	1,3817 (1,3855)
Dollar:	0,7238 (0,7218)

GEBURTSTAGE

Geburstage: Michael Moore (60, amerikan. Autor und Dokumentarfilmer, „Bowling for Columbine“), Ruth Leuwerik (90, dt. Schauspielerin, „Die Trapp-Familie“)
Namestag: Adalbert, Georg, Gerhard

WETTER

Es ist wechselnd bewölkt, teils kommt die Sonne durch. > S. 16



Vom Zauber des Lesens

Es gibt viele gute Gründe, das gedruckte Wort zu schätzen. Eine Themenausgabe zum heutigen Welttag des Buches.

Foto: thinkstock/RNZ-Repro

Biden warnt Russland

US-Vizepräsident zu Besuch in Kiew – „Beweise“ für Präsenz russischer Militärs in Ostukraine

Kiew. (AFP) US-Vizepräsident Joe Biden hat sich am Dienstag demonstrativ an die Seite der Übergangsregierung in der Ukraine gestellt. Bei seinem Besuch in Kiew warnte er Russland vor weiteren Provokationen in der Ukraine-Krise und sagte, „mehr provokatives Verhalten wird zu höheren Kosten und größerer Isolation führen“. Übergangspräsident Oleksander Turtschynow gab am Abend die Wiederaufnahme des „Anti-Terror-Einsatzes“ im Osten des Landes bekannt.

Moskau versuche, die Ukraine zu „zerstückeln“, sagte Biden nach Gesprächen mit Turtschynow und Übergangsregierungschef Arseni Jazenjuk. Moskau müsse seine Truppen von der ukrainischen Grenze abziehen und dürfe den

Aufstand in der Ostukraine nicht weiter anheizen. „Die Zeit für Fortschritte verstreicht“, sagte Biden. Washington stehe angesichts von „erniedrigenden Drohungen“ an der Seite der Ukraine, sagte Biden dann vor ukrainischen Parlamentariern. „Sie stehen gewaltigen Problemen gegenüber und manche würden sagen, erniedrigenden Drohungen.“

Zuvor hatten die USA Russland erneut vorgeworfen, in die Unruhen in der Ostukraine verwickelt zu sein. Das Außenministerium in Washington präsentierte mehrere Fotos als „Beweise“ dafür, dass einige der bewaffneten Kämpfer in der Ostukraine in Wahrheit russische Militärangehörige oder Offiziere des russischen Geheimdienstes sind, so ist auf

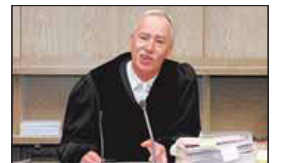
einem der Fotos ein rotbärtiger Kämpfer in Slawjansk zu sehen, der schon bei der Krim-Annexion und bei der russischen Invasion in die von Georgien abtrünnige Region Südossetien im Jahr 2008 in Erscheinung getreten sei. Moskau weist die Vorwürfe der militärischen Einflussnahme strikt zurück.

In der Ostukraine hatten Kreml-treue Aktivisten vor zehn Tagen fast ein dutzend Städte überannt und mehrere Verwaltungsgebäude besetzt. Am Donnerstag kündigte die Außenminister der Ukraine und Russlands bei einem Krisentreffen in Genf auf ein Abkommen zur Entschärfung des Konflikts. Umgesetzt wurden die Vereinbarungen bislang aber nicht. > Kommentar und Hintergrund S. 2

Mutmaßlicher Mörder schweigt

Prozessaufakt im Fall Gabriele Z.

Mannheim. (alb) Der mutmaßliche Mörder Austauschstudentin Gabriele Z. hat am ersten Prozesstag gestern vor dem Landgericht Mannheim geschwiegen – und wird dies nach Angaben seines Anwalts Maximilian Endler auch im weiteren Verhandlungsverlauf tun. Der 41-jährige Hilfsarbeiter Emil S. soll laut Staatsanwaltschaft die Litauerin am Abend des 3. Oktober 2013 zwischen Innenstadt und Jungbusch überfallen und sie mit ihrem Schal bis zur Bewusstlosigkeit gewürgt haben. Dann habe er sich an ihr vergangen und sie ausgeraubt. Der



Richter Ulrich Meinerzhagen gestern am ersten Verhandlungstag. Foto: Gerold

Prozess begann unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen: Alle Zuschauer wurden durchsucht und mussten ihre Taschen öffnen. „Es geht auch um den Schutz des Angeklagten“, sagte ein Gerichtssprecher.

Emil S. hielt den Blick die meiste Zeit gesenkt. Neben dem Mord an Gabriele Z. (20) wird ihm zur Last gelegt, eine 48-Jährige in Speyer brutal überfallen und ausgeraubt sowie zwei 13- und 17-Jahre alte Jugendliche im pfälzischen Grünstadt attackiert zu haben. > Metropolregion S. 10

Schichten sollen zur WM später beginnen

Berlin. (dpa) Damit Arbeitnehmer während der Fußball-WM in Brasilien auch die Abendspiele schauen können, fordern Gewerkschaftsvertreter spätere Frührschichten. Wie die „Bild“-Zeitung am Dienstag berichtete, sprechen sich unter anderem der Chef der IG Bergbau Chemie Energie, Michael Vassiliadis, und IG-BAU-Chef Robert Feiger für eine Anpassung der Arbeitszeiten aus.

Wegen der Zeitverschiebung sind viele WM-Spiele in Deutschland erst am späten Abend zu sehen – einige werden erst um Mitternacht angepfiffen. Laut dem Bericht haben sich erste Arbeitgebervertreter bereits offen für den Vorschlag gezeigt. > Politik S. 18

Dispo-Kredite stehen stark in der Kritik

Frankfurt. (dpa) Commerzbank-Chef Martin Blessing fordert ein Gesetz gegen die dauerhafte Nutzung von Dispo-Krediten. Niemand sollte dauerhaft im Dispo sein, sagte er in einem Interview. „Es gibt günstigere Kredite. Ich finde deshalb ein Gesetz gegen das dauerhafte Nutzen des Dispo-Kredits sinnvoll, quasi eine Dispo-Nutzungsbremse.“

Die Bundesregierung plant eine Warnpflicht für überzogene Konten. Verbraucherschützer begrüßen das. Vorhaben. Dispo-Zinsen der Banken stehen seit längerem in der Kritik. Kürzlich hatte die ING-DiB den höheren Überziehungszins abgeschafft, am Wochenende auch die Sparda-Bank. > Wirtschaft S. 21

Steuereinnahmen legen deutlich zu

Berlin. (AFP) Der anhaltende Aufschwung in Deutschland treibt die Steuereinnahmen in die Höhe. Im März nahmen Bund und Länder 7,2 Prozent mehr Geld ein als im gleichen Monat des Vorjahres, wie das Bundesfinanzministerium am Dienstag in Berlin mitteilte. Mit einem Steueraufkommen von 55,4 Milliarden Euro war der vergangene Monat nach einem Bericht des „Handelsblatts“ der einnahmestärkste März aller Zeiten.

Die öffentlichen Kassen profitierten von dem laut Finanzministerium „breit angelegten Konjunkturaufschwung“ sowie vom weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit im ersten Quartal. > Kommentar S. 2 / Politik S. 18

AUS DER REGION

Heidelberger arbeiten NS-Geschichte auf

Heidelberg. (hol) Die grün-rote Landesregierung lässt die Rolle der Landesverwaltung im Nationalsozialismus aufarbeiten. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) hat dazu eine Kommission eingesetzt. Einer der beiden Leiter ist der Heidelberger Historiker Edgar Wolfrum. Auch Honorarprofessor Frank Engelhausen als Experte für badische Geschichte gehört der Runde an. Sie soll in den nächsten drei Jahren aufarbeiten, wie stark die Verwaltung von Württemberg, Baden und dem Elsass in die NS-Machtpolitik eingebunden war. Die Landesstiftung finanziert dazu in Heidelberg vier Stellen. Die Abteilung „Public History“ soll die Beteiligung der Öffentlichkeit organisieren. Wolfrum bezeichnet das Projekt als bundesweite Pionierarbeit. > Südwest S. 11

Immer mehr Kritik an Odenwaldschule

Heppenheim. (the) Der Fall des Kinderporno-Verdachts gegen einen Lehrer der Odenwaldschule hat Wunden des Missbrauchsskandals wieder aufgerissen. Kritiker wie der Landkreis Bergstraße sehen die Zukunft akut gefährdet, wenn sich das Reform-Internat nicht grundsätzlich ändert. Zuletzt war wegen der bekannt gewordenen sexuellen Übergriffe vor Jahrzehnten mit einer abnehmenden Schülerzahl gerechnet worden.

Der wegen des möglichen Besitzes von Kinderpornos entlassene Lehrer schweigt unterdessen; die Ermittlungen gegen ihn ziehen sich in die Länge. Eine Aufklärung werde wohl sechs Monate und damit relativ lange dauern, sagte gestern ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Darmstadt. > Metropolregion S. 10

Infos rund um das neue Mietrecht

Heidelberg. (ste) Über neue Entwicklungen beim Mietrecht spricht Richter Dr. Ulrich Guttenberg am Freitag, 25. April, im Heidelberger Justizzentrum, Kurfürstenanlage 15. Der Vorsitzende der Spezialkammer für Mietrecht stellt ab 16 Uhr in der Reihe „Alles, was recht ist“ die Änderungen vor, die seit 2013 in Kraft sind. Die sollen etwa energetische Sanierungen und in bestimmten Fällen die Räumung von gekündigten Mieträumen erleichtern. Auch geplante Neuerungen wie die Mietpreisbremse wird der Vizepräsident des Landgerichts vorstellen. Durch die Regelung, nach der die Miete bei Neuverträgen höchstens zehn Prozent über der örtlichen Vergleichsmiete liegen darf, erwartet Guttenberg mehr Arbeit für seine Kammer. > Heidelberg

DIE ECKE

Eingelocht

Man sollte jeden Politiker verpflichten, sich an Weihnachten, Ostern und Pfingsten in den Autostau einzureihen und die deutschen Schlaglöcher weit hinter sich zu lassen. Denn würden sie sich nicht zuhause langweilen, kämen sie auch nicht auf so absurde Ideen wie eine Lochnachzahlung für die „Reparatur Deutschland“. Hat man je von Merkel aus Ischia gehört, dass sie die schwarz-rote Werkstatt mit Arbeitsaufträgen in der Urlaubsruhe stört? Erstens ist alles in bester Ordnung. Und außerdem arbeitet die CSU mit Hilfe der gesamten Rechnerkapazitäten des Freistaates an der Ausgestaltung einer quasi kreisquadratischen Pkw-Maut, deren Einnahmen die Organisationskosten übersteigen. Damit die größten Löcher der Koalition gestopft werden können.

Diktatur auf Samtpfoten

Heidelberger Historiker erforschen die NS-Geschichte der Landesverwaltung

Von Andreas Böhme und Daniel Bräuer

Stuttgart/Heidelberg. Eine solche Studie gibt es nirgendwo: Welche Rolle haben die obersten Landesbehörden in der Nazi-diktatur gespielt? Gab es länderspezifische Zuständigkeitsinseln im zentralistischen NS-System und wie hat die Verwaltung die Nazi-Ideologie befördert – oder hat sie manchmal auch geblockt?

Diesen Fragen widmet sich in den kommenden drei Jahren eine Historikerkommission, die Wissenschaftsministerin Theresia Bauer nun eingesetzt hat. Geleitet wird sie von dem Heidelberger Zeithistoriker Edgar Wolfrum und seinem Stuttgarter Kollegen Wolfram Pyta. Zur Seite stehen ihnen ausgewiesene Experten: die Professoren Frank Engehausen aus Heidelberg, Christiane Kuller aus Erfurt, die Freiburgerin Sylvia Palatschek und aus Bonn Joachim Scholtyssek.

„Die Finanzministerien von Baden und Württemberg waren an der Arierisierungspolitik und der Abschaffung von jüdischem Eigentum beteiligt“, erklärt Wolfrum. Das Kultusministerium betrieb geistige Nazifizierung des Volkes. „Aber wie genau das im Einzelnen abläuft, weiß man gar nicht“, beschreibt er den Forschungsauftrag. Vielen sei nicht einmal bewusst, dass es im zentralisierten NS-Staat überhaupt Landesministerien gab, so Wolfrum. Nun soll das Projekt aufzeigen, wie bereitwillig sich die Bürokraten den braunen Vorgaben fügte oder wo es auch Widerstand gab.

Der Kommission geht es dabei, so Wolfrum, weder um Skandalisierung noch um die Entdeckung von Verstrickungen Einzelner. Nicht die großen Täter sollen benannt werden – sondern die anonyme Bürokratiegeschichte beleuchtet, die „Diktatur auf Samtpfoten“, wie Pyta es nennt.



Edgar Wolfrum.

Foto: zg

Die Landesstiftung finanziert das Projekt mit 1,45 Millionen Euro. Während die Stuttgarter sich der württembergischen Vergangenheit widmen, untersuchen die Heidelberger Forscher die Rolle der Behörden in Baden und im Elsass, damals unter deutscher Verwaltung. Vier Mitarbeiter und weitere Hilfskräfte stünden nun vor „irrsinnigen Aktenbergen“, beschreibt Wolfrum die kommenden Aufgaben. Zudem übernehmen die Heidelberger die Kooperation mit der Öffentlichkeit. Deshalb fließt auch der größere Teil Gesamtsumme, 811 000 Euro, nach Heidelberg. „Geschichte ist Aufklärung, und Aufklärung braucht Reichweite“, so Wolfrum.

Dazu sollen Schulklassen in das Projekt einbezogen werden. Publiziert werden die Ergebnisse nicht erst am Ende in einem dicken Buch, sondern auch während der Laufzeit im Internet und bei übers Land verteilten Veranstaltungen. Auf diesem Weg wollen die Forscher auch an Quellen aus Privatbesitz kommen, die sie nicht in Archiven finden können.

Ziel sei keine politische Auftragsforschung, so Bauer bei der Präsentation in Stuttgart, sondern Grundlagenforschung. Das Thema ist der Grünen-Politikerin ein großes Anliegen: „Wir machen uns damit ehrlich vor der Geschichte, indem wir ein belastetes Erbe differenzierter und systematisch aufarbeiten.“

Auch Wolfrum sieht in dem Ansatz eine „Pionierleistung“, die als „Blaupause“ dienen könne. „Das ist in der Art noch nie passiert“, sagt er. „Alle Bundesländer werden nachziehen müssen.“



Unlösbare Aufgaben

Die Polizei hat am Dienstag ein besetztes Haus in Frankfurt geräumt. Linke Aktivisten hatten das zum Abriss freigegebene Hinterhof-Areal zwischen Bahnhof und Messe über Ostern besetzt. Ein zweites Gebäude im Gallusviertel hatten sie am Montag freiwillig verlassen. Die Aktionen sollten das „Institut für vergleichende Irrelevanz“ (IvI) wieder auferstehen lassen – eine Mischung aus Wohngemeinschaft, Veranstaltungsort und linker Gegen-Universität. Das zehn Jahre lang besetzte Gebäude im Westend war im April 2013 geräumt worden. Seither gab es diverse kurzzeitige Besetzungen. Bei der Doppel-Besetzung an Ostern wurde im Gallus ein „Büro für unlösbare Aufgaben“ ins Leben gerufen und an der Messe ein neues IvI geplant. Die Besetzer wollten nach eigenen Angaben auch gegen steigende Mieten, Leerstand und den Mangel alternativer Räume protestieren und forderten eine „simul-volle Zwischennutzung“ bis zum Abriss. Dies sei schon aus Sicherheitsgründen nicht möglich, teilte die Firma „ca immo“ mit, der das Gebäude gehört. Zudem stehe der Abriss unmittelbar bevor. Foto: dpa

Mit allen Mitteln

Hassprediger und Gesinnungsterror: Regierung und Opposition vergreifen sich immer öfter im Ton / Eine Analyse von Roland Muschel

Finster und bedrohlich stellt sich die Landespolitik dar – sofern man die Schlagworte ihrer Protagonisten ernst nimmt. Gewarnt wird wahlweise vor grünen Gesinnungsterroristen oder schwarzen Hasspredigern. Gerade so, als sei Baden-Württemberg nicht ein demokratisch regierter Hort des Wohlstands und Friedens – sondern Schauplatz eines Kulturkampfes, bei dem man der Gegenseite das Schlimmste zutraut.

Terror, Hass: Man muss nicht erst nach Afghanistan oder in die Ukraine blicken, um zu erkennen, in was für einem grotesken Missverhältnis das landespolitische Wortgeklingel zu den realen Gegebenheiten steht. Tatsächlich sind die Gegensätze zwischen der grün-roten Koalition und der schwarz-gelben Vorgängerregierung überschaubar. Es soll nur keiner merken. Um sich den Wählern überhaupt noch als klare Alternativen darstellen zu können, werden die wenigen Dissenspunkte, vom Nationalpark über den Bildungsplan bis zum Jagd-

gesetz, von den Parteien zu Kulturkämpfen überhöht. Dafür wird kurz vor der Kommunal- und bereits zwei Jahre vor der Landtagswahl sogar die Option Schwarz-Grün geopfert. Mehr Lager war selten. Dabei beschränkt sich die Koalition drei Jahre nach dem Regierungswechsel zunehmend auf Symbolpolitik – wissend, dass sie dort, wo sie bereits große Veränderungen angestoßen hat (Schule) oder vornehmen will (Verkehr) die größten Akzeptanzprobleme hat. Früher als manche Mitstreiter hat Minister-

CDU und Grüne polarisieren einander

präsident Winfried Kretschmann erkannt, dass die Wiederwahl nur gelingen kann, wenn Grün-Rot den Wahlerfolg von 2011 nicht als umfassenden Veränderungsauftrag begreift, sondern als Chancen für punktuelle Korrekturen. Dass inzwischen auch seine Mannschaft die Beschränkungen in weiten Teilen verinnerlicht hat, erschwert das Opfernieren. Die Liberalen, die sich im Süd-

westen mal flugs als Windkraftskeptiker in Szene setzen, tun sich da leichter als die Volkspartei CDU. Zumal den Konservativen überzeugende Gegenkonzepte fehlen. Bei der Etatpolitik etwa rügt die CDU zwar zu Recht die neuen Schulden, die Grün-Rot aufnimmt. Sie kann oder will aber kein Alternativmodell präsentieren, das ohne Kredite auskommt.

Lieber stellt sie sich überall, wo die Regierung sparen will, ob bei Lehrerstellen oder Musikhochschulen, und auch ganz generell auf die Seite der Kritiker.

Aufgeheizte Kulturkämpfe sind für die CDU ein Mittel, um Stammwähler, die am konservativen Kern der Partei zweifeln, zu halten, statt sie an die AfD oder ans weite Spektrum der Nichtwähler zu verlieren. Zudem soll die Wahl der Mittel liberalen Unions-Wählern den Parteiwechsel erschweren. Ob die Rechnung aufgeht, ist trotzdem offen. Gerade bei den Themen Nationalpark, Jagd und auch

Bildungsplan sind die gesellschaftlichen Mehrheiten im Land eher nicht auf der Seite der Kulturkämpfer. Die Wechselwähler und vor allem -wählerinnen, die bei der Landtagswahl 2011 wegen Kretschmann die Grünen, bei der Bundestagswahl 2013 aber wegen Kanzlerin Angela Merkel die Union gewählt haben, dürfte die aufgeladene Feindbild-Rhetorik eher abschrecken. Der Landespolitik tut sie ohnehin nicht gut.

Verbales Abrüsten wäre daher angesagt. Dazu dürfte es indes kaum kommen: Die Grünen können nur weiter den Ministerpräsidenten stellen, wenn die CDU in der Opposition bleibt. Dazu kann sie nicht finster genug gezeichnet, können die Abstebewegungen von Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus nicht genügend negiert werden. Die Schwarzen wiederum können sich nur gegen ihren schärfsten Mitbewerber in Szene setzen, und das sind im Südwesten die Grünen. Das Land wird sich daher auf die Unkultur von zwei Jahren Dauerwahlkampf einstellen müssen.

Dreyer zieht Lehren aus Ring-Debakel

Mainz. (Irs) Als Konsequenz aus Fehlern bei Großprojekten wie dem Nürburgring-Ausbau will die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) einen Beauftragten für Wirtschaftlichkeit ernennen. Dieser könne beim Landesrechnungshof angesiedelt werden, sagte Dreyer am Dienstag in Mainz. Details würden noch mit dem Rechnungshof-Präsidenten Klaus Behnke besprochen. Voraussichtlich bedürfe es einer Gesetzesänderung, so dass es den Posten erst im kommenden Jahr geben werde.

CDU-Landeschefin Julia Klöckner kritisierte den Plan als eine „hilflose Ankündigung“. Die Landesregierung habe für ihre Großprojekte massenweise externe Gutachten bestellt und teuer bezahlt. Auch die FDP äußerte sich skeptisch. Um tatsächlich Einfluss zu haben, müsse der Beauftragte Rechte bis hin zu einem Veto gegen Entscheidungen der Ministerpräsidentin haben.

NACHRICHTEN

Elfjähriger stürzte durch Oberlicht
Ein elfjähriges Kind ist in Salach (Kreis Göppingen) durch ein Oberlicht vom Dach eines Gebäudes gestürzt und schwer verletzt worden. Wie die Polizei am Dienstag mitteilte, war der Junge am Montag mit einem Freund auf das Dach geklettert. Als der Elfjährige auf das beschädigte Oberlicht stieg, fiel er vier Meter tief auf einen Betonboden.

CDU wirft Minister Vetternwirtschaft vor
Der rheinland-pfälzische Gesundheitsminister Alexander Schweitzer (SPD) muss sich gegen den Vorwurf der Vetternwirtschaft verteidigen. Die CDU kritisierte am Dienstag, Schweitzer habe sich beim Geschäftsführer des Pfalz-Klinikums für die Bewerbung seines Schwagers auf einen Lageristen-Job eingesetzt. Schweitzer betonte, er habe nur

gebeten, die Bewerbung rein fachlich und nicht politisch zu behandeln. Schweitzer und das Klinikum streiten über Kostensteigerungen beim Ausbau der Forensik in Klingenmünster. Die Bewerbung wurde inzwischen zurückgezogen.

Mutter erstickte Baby: Haftstrafe
Wegen Totschlags ihres Babys ist eine 23-Jährige zu vierinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Wegen der Persönlichkeits- und Tatumsstände sei die Angeklagte vermindert schuldfähig, urteilte das Mainzer Landgericht. Ein Sachverständiger hatte die Frau als stark reifer verzögert eingestuft, sie sei einem „Teenager gleichzustellen“. Laut Anklage erstickte die Mutter den zwei Wochen alten, schreienden Säugling mit einem Kissen. Sie rief selbst den Notdienst. Das Baby konnte nicht gerettet werden.

Ein Tag, der bleibt.



VRN-Tickets auch online zum Selbstausdrucken: www.vrn.de/onlineTicket

Mit dem **Baden-Württemberg-Ticket** oder der **VRN Tages-Karte** ab **6,20 Euro** und ab **2,50 Euro** je Mitfahrer.



Informationen, Ausflugstipps und Kauf unter www.bahn.de/freizeit-rhein-neckar

Baden-Württemberg-Ticket: 1 Person 23 Euro, jede weitere Person nur 4 Euro (max. 4 Mitfahrer). Mit persönlicher Beratung für 2 Euro mehr. Innerhalb des Verbundes mit der VRN Tages-Karte ab nur 6,20 Euro und ab 2,50 Euro je Mitfahrer (max. 4 Mitfahrer).

Die Bahn macht mobil.



Jetzt Fan werden!
fb.com/bahnrhein-neckar

